

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 57 (1978)
Heft: 5

Artikel: Zittern die Gnomen?
Autor: Kriescher, Wilhelm
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347542>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zittern die Gnomen?

Mit Patschhändchen lässt sich im Getriebe der kapitalistischen Wirtschaft nichts ausrichten, schon gar nicht in einem Land, das mit zu den ersten Finanzgrossmächten gehört. Was die USA oder die Sowjetunion auf militärischem Gebiet bedeuten, das repräsentiert die Schweiz auf dem internationalen Parkett der Finanzen. Wenn der Schweizer Kapitalismus dank seiner vergleichsweise grössten strategischen Reserven auch in der Lage ist, nicht nur alle möglichen Zugeständnisse zu machen, sondern auch gewisse Teile der Opposition sozial zu integrieren, so kann er es doch nicht zulassen, dass an sein «Herzstück» gerührt wird: das Bankwesen. Das moderne Kredit- und Banksystem aber ist das ausgeprägteste, «ausgebildetste Produkt, wozu es die kapitalistische Produktionsweise überhaupt gebracht» hat. Als gesellschaftlicher Mobilisator und Verteiler allen disponiblen Kapitals ist das Banksystem Voraussetzung und Resultat, immanente Form und treibende Kraft der kapitalistischen Marktwirtschaft. Als ein enttäuschender Schlag ins Leere muss es sich erweisen, wenn man versucht, den kapitalistischen Kreditsektor unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen, ohne *gleichzeitig* Massnahmen zur Umwälzung der alten Ökonomie zu ergreifen.

Diese organischen Zusammenhänge scheinen die «Autoren» der sogenannten «Bankeninitiative»-Übung völlig oder geflissentlich «übersehen» zu haben. Theoretisch haben sie damit einen Schritt zurück ins 19. Jahrhundert getan, hinter St. Simon und die St. Simonisten, die immerhin erkannten, dass «. . . der Kredit eine Folge der Art und Weise ist, in der das Eigentum konstituiert ist».

Die spätkapitalistische Warenproduktion fortbestehen zu lassen, sie nicht einmal verbal in Frage zu stellen, und doch vorzugeben, man könne die Auswüchse eben dieses Spätkapitalismus in den internationalen Finanzbeziehungen unterbinden, ist eine weitere Illusion, die in unangenehmer Weise an den Kleinbürger Proudhon erinnert . . . So gewinnt man den Eindruck, die SKA-Chiasso-Pleite im (von uns geschätzten) Ausmass von rund zwei Milliarden Franken allseits etwelche Verwirrung gestiftet hat . . .

Die süsse Pille eines Arrangements

Was die «Theoretiker» der SP-Bankeninitiative offenbar nicht bemerkt haben, dass das Bank- und Kreditwesen samt obligaten Bankrotten (seit 1945 haben etwa 39 Banken ihre Schalter entweder schliessen oder von Finanzkonsortien saniert werden müssen) organisch mit der kapitalistischen Warenwirtschaft verbunden sind, wird von den Wortführern des Bürgertums sehr deutlich ausgesprochen. In der Tat, entweder bietet man der Wirtschaft eine alternative Orientierung, versucht man, wenigstens

Schwerpunkte der nationalen Produktion aus der kapitalistischen Eigentumsordnung herauszulösen – und gerade das tut die SP-Bankeninitiative mit keinem Wort, sie fordert keine Sozialisierung der grossen Bankinstitute –, oder die ganze Übung verläuft im Sande, bringt bestenfalls (vorübergehenden) Stimmenzuwachs und einige politische Pfründe bei den nächsten Wahlen.

Die Gnomen jedenfalls können aufatmen

Es besteht kein Grund zur Beunruhigung. So schreibt die «Finanz und Wirtschaft» am 19. April: «Die Gnomen werden nervös», erklärte unlängst SP-Bankenexperte Strahm. Nachdem der Initiativtext vorliegt, besteht dafür jedoch kein Anlass.» Und warum nicht? Weil in «der Politik» offenbar viel heisser gekocht als gegessen wird. Da «wurde im Frühsommer 1977 eine Volksinitiative (von der SPS) beschlossen, welche . . . die Verstaatlichung der Grossbanken nicht ins Auge fasst . . .» Also nicht so schlimm! Kein Grund zur Beunruhigung! Tatsächlich, bis auf die Forderung der Aufhebung des Bankgeheimnisses enthält die SP-Bankeninitiative entweder Postulate von deklamatorischem Wert (gemeinsame Berichterstattung von Bankenkommission und Nationalbank) oder undurchführbaren Charakters (Entflechtung). Warum also soll man nervös werden? Man verfügt überdies doch über gute «Beziehungen», oder etwa nicht? Bei «Finanz und Wirtschaft» weiss man: «Parteiintern scheint das Ausmass der Initiativforderungen ebenfalls umstritten gewesen zu sein.» Und weiter schreibt das erstaunlich gut informierte Börsenblatt: «Auf Grund gewisser Aussagen aus den Kreisen der Initianten rechnen diese selber nicht mit einem Erfolg.» Fragt sich nur, wer wem diese Aussagen gemacht hat. Wenn es auch bekannt ist, dass die Zürcher Börsenkreise anscheinend über so zuverlässige Informanten verfügen, scheint uns die Tatsache viel wichtiger, dass offenbar ein stillschweigendes Arrangement so gut wie sicher ist.

Gewiss, «oben» wird man sich verständigen, während man «unten» nach alter Väter Sitte die Trommel zum Streite rührt.

Selten wird dem Zeitgenossen so verdeutlicht, wo sich die wirkliche Macht in der Alpenhütte von Mama Helvetia befindet, und wer mit der grossen Kelle wem die Portionen schöpft. Man möchte wünschen, dass auch gewisse «Theoretiker» unserer Partei zu einer realistischeren Einschätzung der politischen Kräftekonstellation finden und sich vor allem der Erkenntnis nicht verschliessen mögen, dass eine Klassenherrschaft um so fester begründet ist, je besser es der herrschenden Schicht gelingt, die hervorragenden und einflussreichen Mitglieder der Volksopposition in ihrem Schoss sozial zu integrieren.

So findet man denn wieder zurück zur schon mehrfach ausgesprochenen Behauptung, dass die Bankeninitiative der SP mit dem Risiko behaftet ist, sich zu einem grossen Schattenboxen zu entwickeln.

Politische Massarbeit oder emotionaler Radikalismus?

Es ist immer schwer, gegen Emotionen, auch gegen die eigenen, anzugehen und der rationalen Logik zu folgen. Besonders dann, wenn das Leben Kernfragen unserer Zeit und damit auch unserer Existenz aufwirft, die man bereits beantwortet und ad acta gelegt glaubte.

Allen Parolen vom «schöner leben» und auch der «Mensch-im-Mittelpunkt-Politik» zum Trotz hat sich am *Wesen* des Spätkapitalismus nichts geändert, auch wenn er uns seit Ende des Zweiten Weltkrieges in der freundlichen Erscheinung eines konsumbefriedigenden Segenspenders entgegengetreten ist. Viele, die es besser hätten wissen müssen, haben sich täuschen lassen und 1959 vom Sozialismus abgesetzt. Doch die Wandlung zu einer Art fortschrittlichen Volkspartei konnte die Entwicklung nicht rückgängig machen. Im Gegenteil, alle Elemente, die den finanzkapitalistischen Charakter unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bestimmen, haben sich nur verstärkt. Der SKA-Chiasso-Skandal hat es nur wieder ins Bewusstsein der Parteimitgliedschaft gerückt, was seit mehr als 70 Jahren zum eisernen theoretischen Bestand der Arbeiterbewegung gehörte: Man lese einmal wieder die berühmte Analyse, die Hilferding in seinem «Finanzkapital» vom modernen Kapitalismus gegeben hat. Sie enthält auch heute ihre volle Gültigkeit, und man kann daher nur staunen über jene Genossen, die erst heute mit Erstaunen die personelle Verflechtung zwischen Bank und Industrie beziehungsweise Monopolkapital feststellen und sich der Illusion einer Entflechtung hingeben.

Es gibt kein Zurück zu einer Art «gemässigtem Kapitalismus», zu einem «Kapitalismus mit menschlichem Antlitz», wie es auch keinerlei «organisierten Kapitalismus» gibt und geben kann. Aus einer Leghenne kann man wohl ein Brathuhn machen, aber aus einem Brathuhn wird nie wieder eine manchesterliberale Leghenne!

Die Illusion Hilferdings vom «organisierten Kapitalismus», der auch die Väter der SP-Bankeninitiative anzuhängen scheinen, zerplatzte in der 29er Krise, kaum dass er sie am SPD-Parteitag formuliert hatte.

Die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus der letzten dreissig Jahre hat die partiellen Krisen gezeigt, von denen besonders die USA in immer kürzeren Intervallen geschüttelt wurden. Besonders aber zeigte dies der weltweite Kriseneinbruch von 1975 mit seiner auch für Blinde sichtbaren «Gesundschumpfung» der Schweizer Wirtschaft. Und in diesem Zusammenhang verdienen auch die Krisen des Weltwährungssystems als Ausdruck anwachsender Disproportionalität in der Weltwirtschaft Erwähnung. Nicht zuletzt aber sei der Börsenkrisen von 1962, 1970 und 1974 gedacht mit einem Totalverlust von zirka 800 Milliarden Dollar. Die Risse im System sind nicht mehr zu überkleistern. Die sieben fetten Jahre sind unwiederbringlich dahin!

Dazu kommt, dass der Spielraum für sämtliche Operationen der Plusmacherei enger geworden ist, die Konjunkturfaktoren der Nachkriegszeit

sich erschöpft haben. Die totgesagten Widersprüche der «westlichen» Wirtschaftsordnung (permanente Massenarbeitslosigkeit und heraufziehende neue Krise) treten ins Rampenlicht der Weltbühne. Das ist der Hintergrund, vor dem einige Theoretiker unserer Partei die sogenannte Bankeninitiative gezeugt und geboren haben.

Welche Losungen — welche Bewegungsführung?

Es steht den Leutchen im Gesicht geschrieben, sie möchten etwas tun. Das fühlt man ihnen nach. Aber wildes Gestampel kann nicht als bewusste Bewegungsführung ausgegeben werden.

Die Frage drängt sich auf: Hat die SP-Bankeninitiative überhaupt eine Chance, in der Volksabstimmung zu bestehen? Eine auch nur oberflächliche Analyse der internationalen Lage und besonders der nationalen Gegebenheiten lässt uns diese Frage verneinen. Der Druck, den die Triangelpolitik auf Westeuropa ausübt, bewirkt offensichtlich ein mehr als vorsichtiges Taktieren nicht zuletzt der westeuropäischen KPs. Theoretischer Ausdruck dieser ernsten Lage ist die Linie des Eurokommunismus. Und nun ist das Staunen an uns: Was nicht einmal die westeuropäischen KPs für die unmittelbare Zukunft ins Auge fassen, nämlich die Finanzbeziehungen ihrer Länder einer gesellschaftlichen Kontrolle zu unterstellen, das möchte, wenigstens verbal, eine Partei, die sich mehrheitlich schon längst nicht mehr zum wissenschaftlichen Sozialismus bekennt und die überdies der betriebsmobilisatorischen Kraft ermangelt.

Diese Abwesenheit der Partei vom Schauplatz des produktiven Geschehens, die Nichtpräsenz am Arbeitsplatz, die Einstellung der Massenerziehungsarbeit seit Jahrzehnten haben die Schweizer Lohnverdiener einen Istzustand des politischen Bewusstseins erreichen lassen, der die Durchsetzung solcher Ziele, wie zum Beispiel die Aufhebung des Bankgeheimnisses und die Volkskontrolle der Wirtschaft, heute noch ausschliesst.

Eine korrekte Bewegungsführung, die ernsthaft auf die Veränderung der profitorientierten Gesellschaft hinarbeitet, darf daher nur solche Losungen und Kampfziele aufstellen, deren Sinn vom Volk auch verstanden und gebilligt wird. Wir können uns weitere Demoralisierungen der Parteiaktivisten als auch der uns unterstützenden Wählermassen im Gefolge sinnlos herbeigeführter Niederlagen nicht mehr leisten. Wir benötigen Erfolge, die das Selbstverständnis und das Selbstbewusstsein der Volksmassen aufbauen und stärken. Die bevorstehenden Kämpfe müssen Ausgangspunkt eines Lernprozesses werden, der die Partei und darüber hinaus die lohnarbeitenden Schichten von ihrem Minoritätenkomplex befreit und aufzeigt, dass wir eine Bewegung sind im Dienste der überwältigenden Mehrheit und getragen von dieser Mehrheit.